



**Claudia Brunner**  
Landrätin  
Hofstatt 19a  
6460 Altdorf

---

## **Interpellation:**

### **Regelung von Wohnungsnotstand und Kostenforderung für das Gesundheitssystem im Kanton Uri?**

Geschätzte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

#### **Ausgangslage**

Die masslose Zuwanderung ist zweifellos eines der grössten Probleme unseres Landes. Die Schweiz ist bekannt für eine grosszügige Asylpolitik und zeigt sich sehr offen für hilfesuchende Menschen. Grundsätzlich kann unser solidarisches Verhalten gutgeheissen werden, jedoch alles im richtigen Mass. Zudem sollte auch im richtigen Moment die Notbremse gezogen werden können. Diese notwendige Regulierung wurde bedauerlicherweise schon längst verpasst und wir steuern seither mit Vollgas in eine Instabilität, welche unübersichtlich und für den Steuerzahler immer teurer zu stehen kommt. Denn die Zuwanderung ist in den vergangenen Jahrzehnten immens gewachsen und zeitgleich schafft es die Schweiz mit all ihren Gesetzen nicht, die überfälligen Ausschaffungen von Straftätern und denjenigen Personen welche sich nicht in unserem Land anpassen, zu vollziehen. Diese Kombination zwischen Hilfsbereitschaft und Ausnutzung unserer Asylpolitik spaltet die Gemüter von Schweizerinnen und Schweizern zusehends immer mehr. Auch wenn der Kanton Uri bisher weniger davon betroffen ist, ist bereits ein schleichender Prozess zu erkennen. Zudem ist der Kanton Uri gefordert, einen Ausbau und eine Aufrechterhaltung von sämtlichen Infrastrukturen wie die Schulen, Ausbildungsplätze, Krankenversorgung, Wohnungen, Strassen- und ÖV- Netz usw. sicherzustellen.

#### **Fakten**

Dass wir Missstände korrigieren müssen, zeigen ganz klar die kürzlichen Vorfälle in den Nachbarkantonen, welche gar Zwangskündigungen von Mietwohnungen zum Wohle der Asylmigranten zur Folge hatte. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen inzwischen schon für Schutzsuchende Ukrainische Flüchtlinge und gerade besonders aktuell für junge, männliche Asylmigranten aus Nordafrika weichen.

Eine weitere Randbemerkung: Es wird als befremdlich und äusserst fragwürdig aufgefasst, wenn Schutzsuchende welche von unserem Sozialsystem unterstützt werden, selbst mit sehr teuren Autos in unserem Kanton herumfahren.

## Antrag

Gestützt auf Artikel 127 der Geschäftsordnung des Urner Landrates ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht der Wohnungsstand im Kanton Uri aus? Gibt es noch Aufnahmepotential für die Ukrainischen Flüchtlinge und Asylmigranten?
2. Besteht im Kanton Uri auch die Gefahr, dass es zu Zwangskündigungen zum Wohle der Schutzsuchenden kommen kann?
3. Besteht in Uri eine Rechtsgrundlage, dass Asylmigranten und Schutzsuchende welche ein teures Auto fahren, dieses verkaufen müssen (so wie es schon in vereinzelt Kantonen angewendet wurde), so lange sie von unserem Sozialsystem profitieren?
4. Wie viele Ausländer ohne Schweizer Krankenversicherung werden jährlich in unserem Kanton behandelt und wie hoch sind die dadurch entstehenden Kosten?
5. Wie hoch sind die entstehenden Kosten für Notfallstationsbesuche von Ausländern und in welchem Verhältnis stehen die Kosten zu denen welche Schweizer Bürgerinnen und Bürger in den Notfallstationen verursachen?
6. Führt die Zuwanderung zu einer finanziellen Mehrbelastung des Kantonalen Gesundheitswesens oder wird diese durch die bezahlten Krankenkassengebühren der Zuwanderer vollkommen ausgeglichen?
7. Wie hoch ist der Anteil von Ausländern an KESB- Fällen in unserem Kanton?

Zusammen mit dem Zweitunterzeichner Ruedi Cathry, FDP danke ich dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.

Altdorf, 19. April 2023

Erstunterzeichnerin

Claudia Brunner, Altdorf, SVP

Zweitunterzeichner

Ruedi Cathry, Schattdorf, FDP